



Der Minister

Ministerium des Innern NRW, 40190 Düsseldorf

Präsidenten des Landtags  
Nordrhein-Westfalen  
Herrn André Kuper MdL  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

für die Mitglieder  
des Innenausschusses

20. März 2023

Seite 1 von 4

Telefon 0211 871-

Telefax 0211 871-

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
18. WAHLPERIODE

**VORLAGE**  
**18/1029**

A09

**Sitzung des Innenausschusses am 23.03.2023**  
**Antrag der Fraktion der AfD vom 09.03.2023 „Anschläge auf die**  
**Pipelines Nord Stream 1 und Nord Stream 2 - Wie gefährdet sind**  
**Pipelines in Nordrhein-Westfalen“**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

zur Information der Mitglieder des Innenausschusses des Landtags über-  
sende ich den schriftlichen Bericht zum TOP „Anschläge auf die Pipelines  
Nord Stream 1 und Nord Stream 2 - Wie gefährdet sind Pipelines in Nord-  
rhein-Westfalen“.

Mit freundlichen Grüßen

Herbert Reul MdL

Dienstgebäude:  
Friedrichstr. 62-80  
40217 Düsseldorf

Lieferanschrift:  
Fürstenwall 129  
40217 Düsseldorf

Telefon 0211 871-01  
Telefax 0211 871-3355  
poststelle@im.nrw.de  
www.im.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:  
Rheinbahnlinien 732, 736, 835,  
836, U71, U72, U73, U83  
Haltestelle: Kirchplatz



**Schriftlicher Bericht**  
**des Ministers des Innern**  
**für die Sitzung des Innenausschusses am 23.03.2023**  
**zu dem Tagesordnungspunkt**  
**„Anschläge auf die Pipelines Nord Stream 1 und Nord Stream 2 -**  
**Wie gefährdet sind Pipelines in Nordrhein-Westfalen“**  
Antrag der Fraktion der AfD vom 09.03.2023

Das Ermittlungsverfahren wegen vorsätzlichen Herbeiführens einer Sprengstoffexplosion in Tateinheit mit verfassungsfeindlicher Sabotage wird beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof geführt. Dieser hat die Veröffentlichungshoheit inne. Das Land Nordrhein-Westfalen ist im Übrigen örtlich durch das Verfahren nicht betroffen. Eine Mitteilung zu Erkenntnissen aus dem laufenden Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwalts beim Bundesgerichtshof sowie eine Bewertung damit im Zusammenhang stehender Presseberichte ist vor diesem Hintergrund nicht möglich.

Aufgrund seiner geografischen Lage im Zentrum Europas fungiert Deutschland als Drehscheibe für die Gasversorgung und nimmt eine Schlüsselfunktion in der europäischen Gasinfrastruktur ein. Das rund 540.000 km lange Transport- und Verteilernetz erstreckt sich über das gesamte Bundesgebiet. In diesem Netz liegen zahlreiche Übergabe- und Verdichterstationen, Untertagespeicher sowie Regel- und Messanlagen. Sie sind wichtige Bestandteile des Netzes. Die Netzbetreiber sind nach dem Energierecht eigenverantwortlich verpflichtet, ein sicheres, zuverlässiges und leistungsfähiges Energieversorgungsnetz diskriminierungsfrei zu betreiben, zu warten und bedarfsgerecht zu optimieren, zu verstärken und auszubauen, soweit dies wirtschaftlich zumutbar ist (§ 11 EnWG), um die Funktionsfähigkeit der von ihnen betriebenen kritischen Infrastrukturen zu gewährleisten. Hierzu legen die technischen Fachverbände, bei



Gas der DVGW (Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V.), die Anforderungen an die Ausstattung und technische Sicherheit im Sinne anerkannter Regeln der Technik fest. Durch Eigenvorsorge haben also die Betreiber Kritischer Infrastruktur durch angemessene organisatorische und technische Vorkehrungen sicherzustellen, dass auch in kritischen Szenarien die Aufrechterhaltung der Versorgung der Bevölkerung mit lebenswichtigen Gütern und Leistungen gewährleistet bleibt. Sie sind daher entsprechend darauf bedacht für Störfälle, wie Sabotageakte, Redundanzen vorzuhalten und neuralgische Punkte wie Knotenpunkte, Umspannwerke etc. besonders zu schützen.

Nach den Anschlägen auf die Pipelines Nord Stream 1 und Nord Stream 2 sind die Aktivitäten zum Schutz der Gasinfrastruktur, sowohl bei den Netzbetreibern als auch beim DVGW, zwar intensiviert worden, jedoch ist eine Sicherung der kompletten Gasinfrastruktur aufgrund ihrer Dimension flächendeckend nicht möglich.

Wesentlich ist daher gerade im Bereich des Schutzes kritischer Infrastrukturen ein zielgerichtetes Zusammenwirken aller beteiligten Stellen.

Insbesondere beim Schutz gegen Terrorismus und gewalttätige Angriffe wird der Schutz der Anlagen durch die Betreiber flankiert durch die Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder. Die Sicherheitsbehörden des Landes Nordrhein-Westfalen erheben fortwährend sicherheitsrelevante Erkenntnisse, die die Grundlage der Beurteilung der Gefährdungslage und darauf basierender zusätzlicher polizeilicher Schutzmaßnahmen sind. Die Beurteilung der Gefährdungslage wird von den zuständigen Kreispolizeibehörden vorgenommen. In diese fließt, neben den Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden der Länder und des Bundes, auch die regionale Sicherheitslage ein. Nach der bundeseinheitlichen Regelung der Polizeidienstvorschrift „Personen- und Objektschutz“ PDV 129 (VS-NfD) umfasst der Objektschutz alle Maßnahmen, die zur Verhinderung



oder Abwehr von Angriffen gegen gefährdete Objekte getroffen werden. Durch polizeiliche Objektschutzmaßnahmen sollen insbesondere Vorbereitungshandlungen erkannt sowie Beschädigungen, Zerstörungen oder das Eindringen von Gefährdern verhindert werden. Auf eine Veränderung der Sicherheitslage werden die Kreispolizeibehörden im erforderlichen Fall unmittelbar reagieren.

Seite 4 von 4

— Nicht erst seit dem Russland-Ukraine-Konflikt ist die Sensibilisierung der Betreiber Kritischer Infrastrukturen (KRITIS) ein zentrales Thema für den Wirtschaftsschutz im Verfassungsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen. Die nordrhein-westfälische Landesregierung steht in regelmäßigem Kontakt mit den Energieversorgungsunternehmen, Netzbetreibern und Verbänden in unserem Land, um die präventiven Aktivitäten zum Schutz des Energieversorgungssystems hinsichtlich einer Vielzahl möglicher Schadensereignisse zu begleiten. Gemeinsame Arbeitsgruppen auf Landes- und Bundesebene sind seit vielen Jahren etablierte Formate, um sich zu dieser Thematik auszutauschen. Seitens des Wirtschaftsschutzes werden beispielsweise Unternehmen bzw. KRITIS-Betreiber gezielt zu diesem Thema sensibilisiert, so fand auch der Wirtschaftsschutztag 2022 unter der Überschrift „KRITIS“ statt. Seit den Anschlägen auf die Nord Stream-Pipelines wurde der Kontakt zu den KRITIS-Betreibern noch einmal intensiviert.